онной России и находила отклик как внутри нее, так и за ее пределами. Подпадая под категорию «индивидуального прошлого», эти тексты предоставляют уникальную возможность реконструкции макроистории страны через микросторию ее маленьких граждан. Причем в каждом конкретном случае в детских источниках присутствуют и балансируют память индивидуальной жизни и память социальная. Большинство детей искренне и весьма категоричны в своих оценках, открыты в проявлениях безграничной любви или беспредельной ненависти. Ведь понятие о темной стороне добра или светлой стороне зла для них пока еще не существует.

Когда-то Ф. Ницше писал, что человек будущего – этот тот, у кого окажется «самая длинная память». Дети конца 1910-х – 1920-х гг. – это взрослые последующих десятилетий. От того, что они поняли и запомнили в детстве, как восприняли и истолковали эту информацию, как сумели сохранить, воспроизвести и зафиксировать ее и передать потомкам, зависит не только степень адекватности представлений о революционной «эпохе катастроф» (И. Нарский) в России. Исследование созданных ими текстов является необходимым компонентом выявления и интерпретации истоков и сущности тех конфликтов, которым еще только предстояло возникнуть в советском и постсоветском обществе и непосредственно участниками которых этим детям в будущем суждено было стать.

4.2. Семантическое противостояние в праве. Дискурсно-лингвистические и корпусно-pragmaматические подходы к юридической семантике (Фогель Фридеман)

Semantische Kämpfe im Recht. Diskurslinguistische und korpus-spragmatische Zugänge zu juristischer Semantik

1. Einführung: Rechtslinguistik als Disziplin

Als noch relativ junge Teildisziplin im Kanon der Fachsprachenlinguistik hat sich im deutschsprachigen Raum seit den 1970er Jahren die Rechtslinguistik entwickelt. Ihr Gegenstand sind Fachsprache und Fachkommunikation in der Institution des Rechts, das heißt bislang vor allem Stil der Rechtssprache und Kommunikation vor Gericht (gesprächsanalytische Studien), jedoch


¹ URL: http://www.bbaw.de/sdr/start.html (08.05.2013).
² URL: http://zentrum-rechtslinguistik.de/ (08.05.2013); mit besonderem Fokus auf Verständlichkeitsaspekte der Rechtssprache.
³ URL: http://www-spracheundrecht.uni-regensburg.de/ (08.05.2013).
⁵ URL: http://sprache-und-recht.de/studium/index.html (08.05.2013).
⁷ Einen Überblick bietet etwa die Bibliographie zur Rechtslinguistik von M. Nussbaumer 1997.
- zu den Spezifika juristischer (deutscher) Fach- und Institutionen-

sprache mit der Besonderheit ihrer Überlagerung von juristischen Fach-
und Gesetzesausdrücken sowie Ausdrücken aus der Gemeinsprache (vgl. 
B. Jeand’Heur. 1998), ferner zu Textsorten im Recht (D. Busse. 2000);
- zu juristischen Theorie, insbesondere mit Blick auf die implizite 
Sprachtheorie in traditionellen Rechtstheorien und -methoden (Kanones 
der Auslegung, subjektive versus objektive Rechtstheorie usw.; vgl. etwa 
F. Müller. 2008; H. Kudlich & R. Christensen. 2004);
- zur Kommunikation (Handlungsmuster, Äußerungsformen im 
Gespräch) vor Gericht (L. Hoffmann. 1983, 1989);
- zur Semiotik des Rechts (vgl. Th. Seibert. 1996, 1998);
- zum Problem der (schweren) Verständlichkeit von Rechtssprache 
vor Gericht und in der Verwaltung (vgl. I. Radtke (Hrsg.) 1981, H. Forthe-
Antos (Hrsg.) 2008 u.v.a.);
- zur Mehrsprachigkeit transnationaler Rechtspraxis (vgl. F. Müller 
& I. Burr (Hrsg.) 2004);
- zu semantischen Kämpfen und Sprachhandlungen in Rechtsdiskurs-

en (insb. E. Felder. 2003, 2010);
- zu Normgenese und Gesetzgebung aus rechtslinguistischer Pers-
pektive (F. Vogel. 2011, 2012a; vgl. auch die linguistischen Redaktionen 
im Schweizer Parlament¹ sowie beim Bundesministerium der Justiz in der 
Bundesrepublik Deutschland²);
- zur korpuslinguistischen, semiautomatischen Zugängen zu juris-
tischer Semantik (F. Vogel. 2012b; F. Vogel & R. Christensen (in Vorb.)).

Die Fülle dieser Untersuchungsfelder lässt sich jedoch nicht zu einem 
einheitlichen ‚Programm’ der Rechtslinguistik zusammenfassen –: zu unter-
schiedlich sind die jeweiligen Prämissen im Hinblick auf die Themen 
Sprache, Gesellschaft und Recht. Es handelt sich eher um ein mittlerweile 
vieles seitiges, mehr und mehr sich verdichtendes Mosaik der sprach- und rechtss- 
wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Komplex ‚Sprache und Recht’.

Im Folgenden werde ich zwei neuere linguistische Zugänge zu 
Sprache und Kommunikation im Recht umreißen, die die juristische Praxis 
nicht nur auf der gesprächs- oder einzeltextrtextorientierten Mikro- oder 
Mesoebene, sondern vor allem auf der diskursiven, transtextuellen Makro-

² Unter Leitung von Stefanie Thieme. URL: http://www.gfds.de/redaktionsstab-rechtssprache/ (08.05.2013).

2. Rechtsarbeit als Textarbeit

SprachwissenschaftlerInnen und Juristen haben gemein, dass sie mit Texten arbeiten. Der juristische Umgang mit Texten ist allerdings ein gänzlich anderer als im Alltag. Er ist geprägt und überformt von disziplinären Reglements, fachspezifisch geprägten Regeln (idealliter) zur standardisierten und verfassungsgemäßen Interpretation von Normtexten:

„Im Gegensatz zur grundsätzlich nicht normierbaren Alltagssprache oder zur Offenheit literaturwissenschaftlicher Interpretationen ist die Sprache des Rechts auf weitestgehende Verbindlichkeit, Deutlichkeit und Disziplin (zumindest) angelegt“ (Jean-Yve Huer. 1998. S. 1287).


(a) die Gemeinschaft der besonderen Kenntnisse in der (erwerbsmäßigen) Arbeit […]“, wie man sie sich in […] fachbezogen geltenden Lernzusammenhängen aneignet und dabei spezifische Handlungsabläufe, Umgangsgewohnheiten und Konventionen der Kommunikationspragmatik, Arbeitsverteilungen und Zuständigkeiten kennenlernennt und schließlich auch selbst einsetzt. […] Bewusstsein für Methoden und Arbeitsprozesse, für funktionierende Zusammenhänge der Tätigkeiten auf ein bestimmtes Produktionsziel hin. […]

(b) Spezialisiertes Wissen zu einem Sachgebiet und Handlungszusammenhänge, d.h. schließlich

(c) fachbezogene […] sprachliche […] Kompetenz, die sich in der Kommunikationsfähigkeit-im-Fach zeigt und innerhalb der

1 Der nachfolgende Textabsatz entspricht weitestgehend dem gleichnamigen Kapitel in F. Vogel (2012b).
Fachwissen-Gruppe – den Fachleuten [...] – Identitätsbewusstsein schafft und zwischen ihnen ein Direktverstehen der mitgeteilten (Fach-)Informationen ermöglicht.» (H. Kalverkämper. 1998. S. 14ff.)

Vor diesem Raster lässt sich das juristische Fachwissen näher qualifizieren und analytisch in mindestens drei elementare Wissenssektoren aufteilen:


2. *Fachorganisations-, ‒hierarchie- und ‒ablaufswissen bzw. ‚Rechtsinstitute‘*\(^1\) bilden die notwendige Orientierung, um Rechtsnormwissen sowie Sprachgebrauchswissen ‚sinnvoll‘, also zweckdienlich miteinander arrangieren zu können. Es umfasst nicht nur Kenntnisse über allgemeine fachinterne Handlungsabläufe und Kommunikationsroutinen, sondern – insbesondere im Recht – auch über die internen und häufig impliziten Disziplinen (im foucaultschen Sinne) des Faches: Rechtsnormhierarchien und Autoritäten.

3. *Fachsprachwissen* schließlich ist Wissen über spezifische sprachliche Muster, mittels derer Rechtsnormwissen auf Ausdrucksebene für Juristen erkennbar und bearbeitbar (rezipierbar) wird\(^2\).

Das spezialisierte Fach(sprach)wissen in der Jurisprudenz hat mindestens dreierlei Funktionen: erstens dient es dem Versuch, juristische Interpretations- als Entscheidungsarbeit valide und reliabel zu organisieren. Die juristische Sprache ist zweitens das Medium transformierter Alltagswelt, d.h. mit ihrer Hilfe reduziert der Rechtsarbeiter die alltagsweltliche Komplexität auf ‚rechtsrelevante‘, also in juristischen Kategorien verarbeitbare Ausschnitte. Drittens dient das Fachwissen sowie das Fachsprachwissen im Besonderen auch der binnendisziplinären Identität: Wer die Sprache und die ‚Denke‘ der Jurisprudenz nicht beherrscht, hat vor Gericht schlechte Karten.

All diese in der Regel für Laien nicht einsehbaren Voraussetzungen bilden den Hintergrund für sog. ‚Subsumtionen‘. Damit ist kein rechtspo-

---


\(^2\) Hierzu zählen u.a. Abkürzungen (BVerfGE, h.M. u.ä.), terminologischer Fachwortschatz, rechtssprachliche Mehrworteinheiten bzw. feststehende ‚Redewendungen‘ (wie Treu und Glauben, öffentliche Belange, gegen die guten Sitten usw.), Textaufbau- und Textsortenwissen als rechtskonstituierende Formelemente usw.


„Gegenstand juristischer Überlegungen ist nicht die Lebenswirklichkeit als solche, sondern sprachlich gefasste in eine spezifische Fachterminologie übersetzte Sachverhaltsbeschreibung“ (ebd.)

Die Perspektivität der sprachlichen Konstitution von Sachverhalten in der Welt lässt sich in einer konstruktivistischen Lesart des semiotischen Dreiecks von C. Ogden & I. Richards (1923) deutlich machen: Demnach sind sprachlicher Ausdruck und Sachverhalte nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar über die durch Ausdrücke aktivierten kognitiven Konzepte (Schemata\(^1\)) „verknüpft“. Je nach Wahl eines sprachlichen Ausdrucks lassen sich unterschiedliche Konzepte aktivieren und damit Perspektiven auf einen Gegenstand akzentuieren. Diesen Zusammenhang versuchen diskurslinguistische Ansätze auch für die Analyse von semantischen Kämpfen in der Domäne des Rechts fruchtbar zu machen.

3. Semantische Kämpfe im Recht

3.1. Der Ansatz der Diskurslinguistik

Die hier zu skizzierende Diskurslinguistik ist eine sprachwissenschaftliche Spielart der Diskursanalyse, wie sie sich etwa seit 15 Jahren im deutschsprachigen Raum etabliert hat. Diskurslinguisten orientieren sich dabei in erster Linie an der Theorietradition M. Foucaults (1973, 1974a, 1974b) und interessieren sich für die sprachlichen Konstitutionsmittel und Geltungsansprüche von sowie das Zusammenspiel von Akteuren, Wissen (Episteme oder Ideolien) und Macht in gesellschaftlichen Diskursen. „Diskurs“ in diskurslinguistischer Perspektive meint dabei in der Regel „die Auseinandersetzung mit einem Thema,

- das sich in Äußerungen und Texten [...] niederschlägt,
- von mehr oder weniger großen gesellschaftlichen Gruppen getragen wird,
- das Wissen und die Einstellungen dieser Gruppen zu dem betreffenden Thema sowohl spiegelt
- als auch aktiv prägt und dadurch handlungsleitend für die zukünftige Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Bezug auf dieses Thema wirkt.“ (A. Gardt. 2007. S. 30)

Die Diskurslinguistik ist dabei weniger eine konsistente Theorie als vielmehr ein Bündel unterschiedlicher methodischer Ansätze (vgl. hierzu im Überblick die Beiträge in I. Warnke (Hrsg.) 2007 und J. Spitzmüller & I. Warnke (Hrsg.) 2008), die auf verschiedenen sprachlichen Ebenen

\(^1\) Vgl. F. Bartlett (1932).

1. Ausdruckskonkurrenz („Benennungs- oder Bezeichnungsproblematik“): Kampf um die interessengeleitete Benennung von Sachverhalten und der Versuch, die damit verbundenen Konzepte im Diskurs durchzusetzen;

2. Konzeptualisierungskonkurrenz („Bedeutungsfixierungsversuche“): Versuch, bestimmte Wissensrahmen mittels sprachlicher Prägung von Teilaspekten (Teilbedeutungen) durchzusetzen.

3. „Sachverhaltsfixierungsversuche“: Versuch, durch Verwendung eines Fachterminus (oder eines etablierten Ausdrucks) auf einen konkreten Sachverhalt, das dahinter stehende Konzept „anzuwenden und anzupassen“.

Rechtslinguisten aus Heidelberg und Freiburg haben diskurslinguistische Methoden auf die Untersuchung von semantischen Kämpfen im Recht hin angepasst und bereits an verschiedenen Teildiskursen exemplifiziert. Ich möchte an dieser Stelle nur ein Beispiel herausgreifen.

3.2. Semantische Kämpfe im Rechtsdiskurs zur Normgenese der „Online-Durchsuchung“ (F. Vogel. 2012)¹

Von 2007 bis 2009 erregte eine besondere Regelungsinitiative von Seiten der Ermittlungsbehörden bzw. der Bundesregierung in Deutschland sowohl in Fach- und Medienkreisen als auch in bundesweit organisierten sozialen Bewegungen großes Aufsehen. Es handelte sich um die Auseinandersetzung um die sogenannte Online- Durchsuchung, unter Rechtslagen auch besser bekannt als Bundestrojaner (im Folgenden objektspr.: „OD“)². Damit

¹ Der nachfolgende Absatz orientiert sich an den komprimierten Darstellungen in F. Vogel (2011).

² Zum besseren Nachvollzug der hermeneutischen Arbeit werden die Ergebnisse in folgender Notation dokumentiert: Belege werden kursiv (Fokus auf Ausdrucksebene) gesetzt; Konzepte bzw. Attribute als Hypothesenkonzентrate der Interpretationsarbeit werden in spitze Klammern bzw. einfache Anführungszeichen gesetzt (Innenpolitische Auseinandersetzungen; ‚Latenz‘ der ›Gefahr‹; Sachverhalte bzw. Referenzobjekte als inductiv-deduktiv gewonnene heuristische Analysekategorien werden in Majuskeln gesetzt (OD, EREIGNIS, AKTEURE usw.)).

1 BGH, 3 BGs 31/2006 vom 21.02.2006.
2 BGH StB 18/06.
Für den Verdeckten Eingriff in informationstechnische Systeme als §20k BKAG\(^1\) in Kraft. F. Vogel (2012) untersucht in seiner Studie, mit welchen sprachlichen Mitteln die verschiedenen Akteure (BEFÜRWORTER versus GEGNER der Neuregelung in Medien, Parlament, Gerichten usw.) ihre Sicht auf die Norm der OD oder die tangierten Grundrechte bzw. Grundrechtseingriffe dominant zu setzen versuchen. Die damit verbundenen semantischen Kämpfe lassen sich an den beiden folgenden komprimierten Beispielen illustrieren:

**a) Die Online-Durchsuchung bei BEFÜRWORTERN**

Die BEFÜRWORTER (vor allem konservative Politiker, Juristen und Medien) konstituieren OD zunächst in einer LEBENSWELT der »allgegenwärtigen, akut-latenten terroristischen Anschlagsgefahr durch technologisch hochgerüstete Terroristen«. Im Fokus steht dabei vor allem eine präsupponierte und in der Regel passivisch-deagentivierte ‚Latenz‘ der »Gefahr (angespannte Sicherheitslage, diese Gefahrenlage), die durch Attribute des ‚heimlichen‘ (Fahnenwort: konspirativ), Temporalphrasen (kann jeden Tag vorkommen; nicht mehr ob, sondern wann und wo), ‚Zielrohr‘-Metaphorik (im Fadenkreuz des Terrorismus, im Visier der Terroristen, Terrorismus ist im Herzen Europas angekommen) und durch immer wiederkehrende Verweise auf lokale und internationale Terrormeldungen ‚konkretisiert‘ wird. – Gegen diese Gefahr sei die OD das »geeignete, erforderliche und angemessene Eingriffsinstrument«, das ‚absolut kontrolliert und folgenlos einsetzbar‘ sei: Ausdrücke wie Online-Durchsuchung, Online-Ermittlung, Ermittlungsmethode, Online-Fahndung, Fahndungsinstrument, Fahndung via Internet, Remote Forensic Software sollen Konzepte der ‚legitimen Kriminalitätsbekämpfung‘ und zugleich eine gewisse ‚Sterilität‘ und ‚Objektivität‘ aktivieren. Dies wird insbesondere auch durch konzentrierte Nominalisierungen und Passivkonstruktionen des TECHNISCHEN ABLAUFs von OD deutlich (wird Zugriff genommen; indem dem Beschuldigten ein Computerprogramm zugespielt wird, Trojaner werden heimlich versandt, zum Zwecke der Durchsicht […] übertragen usw.).

Flankiert wird diese Argumentation von verschiedenen Topoi, wie etwa dem »Verantwortlichkeits«- Topos (In einer sich verändernden Welt […] wäre es geradezu fahrlässig und verantwortungslos, in der Sicherheitspolitik statisch zu bleiben), dem »Bedürfnis«-Topos (Jeder Bürger möchte Sicherheit im Inneren. Das ist ein Grundbedürfnis.) oder – geradezu pedantisch – dem »Schritt-halten«-Topos:

---

\(^1\) Bundeskriminalamtsgesetz.
Ausgangslage [...] Die polizeilichen Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus sind gerade auch mit Blick auf die technischen Mittel und Methoden zur Prävention und Sachaufklärung auszubauen. Insbesondere die Anschläge in Madrid und London, aber auch die aktuell verhinderten Angriffe gegen Flugzeuge in Großbritannien sowie die versuchten terroristischen Anschläge auf Regionalzüge in Koblenz und Dortmund manifestieren die Nutzung moderener Informations- und Kommunikationsmedien durch islamistische Terroristen zur Anschlagsvorbereitung, Tatdurchführung, Fluchtplanung und -realisierung. Dies untermauert das Erfordernis, seitens des Bundeskriminalamtes schrittweise mit dem technologischen Fortschritt verstärkt technische Instrumentarien zu präventiven und repressiven Zwecken selbst zu nutzen bzw. seitens terroristischer Gewalttäter eingesetzter Instrumentarien zu orten, sicherzustellen und auszuwerten (PSIS; fvtextrtbt_intern10102006_1).

Eine explizite Perspektivierung der ZIEOBJEKTE, also der IT-SYSTEME (ITS), wird von BEFÜRWORTERN tendenziell gemieden. Wenn, dann werden ITS konkretisiert als »sächliche PC« mit "Werkzeug-Charakter«, die keines eigenen (bzw. nur marginal grundrechtlichen) Schutzes würdig seien.

**b) Die Online-Durchsuchung bei GEGNERN**

Bei GEGNERN von OD (vor allem Linksliberale, Datenschutz- und Verfassungsrechtler, IT-Wissenschaftler) spielen dagegen die ZIEOBJEKTE eine hervorgehobene Rolle. IT-SYSTEME seien demnach nicht mehr lediglich "Werkzeug", sondern »Teile der menschlichen Physis« und »Ausdruck der individuellen Privat- und Intimsphäre«, die einen besonderen Grundrechtsschutz genießen bzw. erhalten müsse. Metonymisch werden IT-SYSTEME daher oft bezeichnet als digitale Privatsphäre, Prothese, Tagebuch usw.; der Personalcomputer als »habitueller Raum der Persönlichkeitsentwicklung«:

Der Inhalt eines Computerbildschirms gilt im täglichen Umgang als Privatsphäre: Die unaufgeforderte Betrachtung des Bildschirm Inhaltes eines anderen wird als ebensowenig statthaft wie der zu tiefe Blick in einen weiblichen Ausschnitt empfunden. (Gutachter Andreas Bogk vor dem BVerfG)

OD seien demnach »unmittelbare Eingriffe in die Privat- und Intimsphäre«, ein »staatlich organisiertes, in seinen FOLGEN nicht kontrollierbares, moralisch verwerfliches bis kriminelles Eindringen in Bereiche, die der Kenntnisnahme entzogen sein sollen«.

Die meisten dieser Ausdrücke werden gemeinsprachlich gebraucht; einzelne jedoch werden in der Kommunikation von Juristen (z.B. im Bundestag) auch implizit fachterminologisch eingesetzt: Der alltagssprachlich anmutende Ausdruck Ausspähung etwa meint nicht nur illegitimes Erlangen von bzw. illegitimer Zugang zu Informationen, sondern verweist unter Juristen auch auf einen normtextuellen (Gesetzes-)Hintergrund, nämlich die Androhung von Freiheits- oder Geldstrafen nach §§ 202a bzw. 202c StGB (letzterer in den Medien auch bekannt als Hackerparagraph).


4. Juristische Korpuspragmatik: Korpuslinguistische Zugänge zur juristischen Dogmatik

4.1. Der Ansatz der juristischen Korpuspragmatik


Unter „rekurrenten Sprachmustern“ verstehe ich sprachliche Sachverhaltszuschreibungen unterschiedlicher Größe auf der Ausdrucksebene, die in bestimmten Sprachausschnitten überzufällig häufig auftreten und daher als „typisch“ für diese gelten können (vgl. N. Bubenhofner 2008: 408ff.). Typikalität in diesem Sinne lässt sich auch als rekurrente Ko(n)textualisierung von Sprachphänomenen beschreiben. Damit ist gemeint,

- dass sprachliche Phänomene in (Rechts-)Diskursen iterativ in Verbindung mit anderen Sprachphänomenen auftreten, damit ‚kohäsiv‘ korrelieren (Kotexte) und dadurch kohärenzbildend stereotypisieren;
- dass diese kotextuellen Muster in den spezifischen Sprachkontexten der Juristen (im Sinne des oben beschriebenen Fach(sprach)wissens) als Kontextualisierungshinweise zur Verfügung stehen und damit
- potentiell rekursiv wissenskonstitutiv sind in dem Sinne, dass sie stereotype Fachkonzepte bilden bzw. abrufen können.

Sprachmuster in diesem Sinne können in unterschiedlichster Form auftreten, etwa als:
- hochfrequente einzelne Ausdrücke (qualitativ auch als Schlag- und Leitwörter analysierbar);
- einzelne Ausdrücke im Verbund von Mehrworteinheiten (MWE) bzw. Syntagmen wie explizite Zuschreibungen (X-AKTEUR(E) ist/sind
Y-ATTRIBUT), feststehende Redewendungen oder usuelle Wortverbindungen (z.B. Ohren putzen/waschen vs. Zähne putzen/waschen), Formeln (im Namen des Volkes) u.v.a.;
- grammatische Muster wie [best. Art.] + Würde des Menschen, Nominalstil oder häufige Konnektoren, sowie schließlich auch

Dabei sollen die quantitativen Analysen von Sprachmustern nicht für sich alleine stehen, denn bloße Frequenzangaben sagen noch nichts über juristische Textarbeit aus (juristische Normen lassen sich nicht ‚berechnen‘). Die quantitativen Verfahren dienen vielmehr der Ergänzung und Korrektur qualitativener, im Wesentlichen auf Introspektion basierender Verfahren und Hypothesen, wie sie in der bisherigen Diskurs- und Rechtslinguistik etabliert und erprobt sind. Nicht zuletzt trägt ein solcher korpusbasierter, quantitativ-gestützter Zugang auch der immer weiter zunehmenden Menge an juristischen Texten in Folge fortschreitender Verrechtlichung der Lebenswelt sowie der ‚Digitalisierung‘ des Rechts (Hypertextualität) Rechnung. Im Folgenden sei dieser Ansatz kurz (ausführlich in F. Vogel 2012b) am Beispiel einer Analyse zur Dogmatik des Artikel 1 Abs. 1 Grundgesetz, der Würde des Menschen, illustriert.

4.2. Die Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG) aus korpuspragmatischer Perspektive

Das leitende Erkenntnisinteresse der Untersuchung lässt sich in 2 Fragen zusammenfassen: (a) In welchen (ausdrucksseitigen) rekurrenten sprachlichen Formationen treten die in Art. 1 Abs. 1 GG festgeschriebenen Ausdrücke Würde [des Menschen] bzw. Menschenwürde im Korpus auf? Und: (b) Inwiefern lassen die damit eruierten sprachlichen Muster eine kontextuelle Konkretisierung des diskursiven Gebrauchs zu und damit auf

2 Häufig und einseitig als „Gesetzesflut“ kritisiert.
die makrosystematische ,Bedeutung‘ bzw. diskursive Sedimentierung dieses ersten Grundrechts schließen?


Die Analyse setzt semasiologisch⁴ an denjenigen Ausdrücken an, die im Grundgesetz (Normtext), wenn nicht die entscheidende, so mindest eine referentielle Basis für Konkretisierungen dessen dienen, was Juristen mit Würde oder Menschenwürde bezeichnen⁵. Um diese Ausdrücke in ihrem ambigen wie invarianten Gebrauch sichtbar zu machen, wurde systematisch die sprachliche Umgebung zu den beiden Ausgangsausdrücken durchsucht, sortiert und kategorisiert. Genauer: Es wurden mittels Kookkurrenzz - und Clusteranalysen statistisch signifikante Kookkurrenznpartner, Komposita sowie Mehrworteinheiten zu Würde bzw. Menschenwürde ermittelt und mittels gezielter Suchanfragen, KWIC- und Volltextanalyse n konkretisiert und nach ähnlichen Ko(n)texten gruppiert. Hierzu einige Illustrationen:

(a) Kookkurrenznpartner (Auswahl an Autosemantika, d.h. ,Inhaltswörtern‘), also Ausdrücke, die in einem bestimmten Kotextintervall statistisch signifikant häufig zusammen mit den Ausdrücken Würde oder Menschenwürde (im Untersuchungskorpus) auftreten:

¹ Die Texte wurden automatisch mit Hilfe eines sog. Webspiders aus dem Onlinearchiv des BVerfG heruntergeladen und für die weitere Transformation in ein Unicode-basiertes (html-scriptsprachenfreies) txt-Format übertragen.
² URL: http://www.ims.uni-stuttgart.de/projekte/corplex/TreeTagger/ (28.12.2011).
⁴ Das heißt perspektivisch vom Ausdruck zu seinen konkreten Bedeutungen im Kotext.
⁵ Der damit referierte ,Gegenstand‘ wird im Folgenden (kategorisch) als WÜRDE formalisiert.
Abs, Art, GG, BVerfGE, Schutz, verletzen, Beschwerdeführer, Verletzung, Mensch, Grundrecht, Opfer, Persönlichkeitsrecht, verfassungsrechtlich, Person, Recht, Angriff, Satz, Achtung, Persönlichkeit, Gewalt, Weise, Meinungsfreiheit, alle, allgemein, schützen, Staat, öffentlich, Bundesverfassungsgericht, stellen, StGB, Entscheidung, staatlich, Beschluss, ob, frei, Äußerung, Frage, jed, Grundsatz, Senat, Gericht, sozial, Anspruch, Abwägung, Grundgesetz, Fall, Freiheit, verstoßen, absolut, Verstoß, kommen, Voraussetzung, unantastbar, Verurteilte, jedoch, annehmen, bestehen, Verbindung, Achtungsanspruch, nationalsozialistisch, Beschwerdeführerin, menschlich, Leben, Kernbereich, Rechtsprechung, grundsätzlich usw.

(b) Komposita, die die Zeichenkette Würde beinhalten: Menschenwürde, Menschenwürdegarantie, Menschenwürdegehalt, Menschenwürdeverletzung, Menschenwürdeverstoß u.a.

(c) Sortierte KWIC (= Keyword in Context)-Analysen:

(d) Cluster bzw. statistisch häufige Mehrworteinheiten, die die Zeichenkette Würde bzw. Menschenwürde beinhalten (Auswahl):

<table>
<thead>
<tr>
<th>f</th>
<th>Cluster / Mehrworteinheit</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>55</td>
<td>Würde des Menschen</td>
</tr>
<tr>
<td>49</td>
<td>Schutz der Menschenwürde</td>
</tr>
<tr>
<td>44</td>
<td>Verletzung der Menschenwürde</td>
</tr>
<tr>
<td>39</td>
<td>auf die Menschenwürde</td>
</tr>
<tr>
<td>37</td>
<td>Würde der Opfer</td>
</tr>
<tr>
<td>36</td>
<td>menschenwürdigen Existenzminimums</td>
</tr>
<tr>
<td>30</td>
<td>eines menschenwürdigen Existenzminimums</td>
</tr>
<tr>
<td>29</td>
<td>gegen die Menschenwürde</td>
</tr>
<tr>
<td>26</td>
<td>Angriff auf die Menschenwürde</td>
</tr>
<tr>
<td>26</td>
<td>Die Menschenwürde</td>
</tr>
<tr>
<td>22</td>
<td>eine Verletzung der Menschenwürde</td>
</tr>
<tr>
<td>----</td>
<td>----------------------------------</td>
</tr>
<tr>
<td>17</td>
<td>Achtung der Menschenwürde</td>
</tr>
<tr>
<td>16</td>
<td>Bürgerrecht und Menschenwürde</td>
</tr>
<tr>
<td>16</td>
<td>der Würde der Opfer</td>
</tr>
<tr>
<td>16</td>
<td>für ein menschenwürdiges Dasein</td>
</tr>
<tr>
<td>14</td>
<td>Menschenwürde e.V</td>
</tr>
<tr>
<td>13</td>
<td>Mindestvoraussetzungen für ein men-</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>schenwürdiges</td>
</tr>
<tr>
<td>12</td>
<td>Garantie der Menschenwürde</td>
</tr>
<tr>
<td>12</td>
<td>Gewährleistung eines menschenwür-</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>digen Existenzminimums</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Das Ergebnis der Studie ist für Juristen keine Überraschung, sondern Inhalt des verfassungsrechtlichen Examenswissens:
- **Würde** erscheint in zahlreichen, fest gefügten sprachlichen Mustern, die das, was WÜRDE ist oder sein soll, wie folgt konkretisieren:
  - WÜRDE wird als etwas ›Abstraktes‹, negativ über die ›Art und Umfang ihrer konkreten, einzelfallbezogenen Verletzung von bestimmten Akteuren (›Träger von WÜRDE‹) konstituiert als Antwort auf eine Geschichte gewordene Bedrohung und Zerstörung der Menschenwürde (NS-Zeit) (= Diskursiver Boden);
  - WÜRDE ›hat man nicht‹, WÜRDE wird einem im Falle der Verletzung vom Gericht über die Konkretisierung der Verletzung selbst erst zugeschrieben;
  - WÜRDE wird im verfassungsrechtlichen Dogma verhandelt als ›letztmögliche Quelle für normative Legitimität‹ in einem als ganzheitlich gedachten Rechtssystem, das heißt, der Verweis auf die Menschenwürde dient als größtmöglicher Geltungsanspruch (Topos) widerstreitender Akteure;
  - WÜRDE ist apologetischer Wert (schon erkennbar im bestimmten Artikel: *die Menschenwürde*, der ›lebenden wie toten Menschen‹ zukommt, ›weil sie kognitiv bewusste und im sozialen Kollektiv (bzw. kollektiven Gedächtnis) integrierte Menschen sind oder waren‹;
  - WÜRDE ist ›etwas, das ›staatlich vor X = Gefahr geschützt werden muss‹ (Perspektive des Imperativs) und
  - WÜRDE ist ›Anspruch des Individuums gegenüber dem Kollektiv‹ (Perspektive des individuellen Anspruchs);
  - In den einzelnen Fallkonstellationen scheint WÜRDE schließlich so etwas zu sein wie ›körperlich-physische sowie (mit großen Abstrichen) geistig-psychische Integrität des Betroffenen‹.
Wenn gleich die Ergebnisse ‚nichts neues‘ zeigen mögen, sie zeigen, dass korpuspragmatische, auf der semiautomatischen Strukturierung von Massendaten basierende Analysen einen geeigneten, nachvollziehbaren und transparenten Zugriff auf Rechtssprache und juristische Dogmatik erlauben.

5. Fazit


Schließlich sei gerade an dieser Stelle nicht verschwiegen, dass (rechtssprach-)kulturvergleichende Studien zu semantischen Kämpfen noch gänzlich offen sind. Auch wenn damit die interdisziplinäre Problematik um einen weiteren Komplexitätsgrad – nämlich den der interkulturellen Verständigung – erweitert wird, so versprechen derartige Projekte weithin Einsichten in die kulturspezifischen Perspektivitätsprozeduren juristischer Textarbeit.

4.3. Лингвоэкологический аспект конфликтной коммуникации
(C.C. Тахтарова)

Феномен конфликта всегда занимал особое место в предметной сфере различных научных областей – социологии, психологии, педа-

1 Исследование выполнено при поддержке Министерства образования и науки Российской Федерации, соглашение № 14.А18.21.0955 по теме «Мультикультурность российского региона как (де)стабилизирующий фактор исторического развития (Среднее Поволжье XIX – начала XXI вв.)».